

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Peter Schneider und Paul Locherer CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Innenministeriums**

### **Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Biberach**

#### **Kleine Anfrage**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Biberach jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Biberach jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Biberach damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z.B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Biberach wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Biberach wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Biberach wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Biberach wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

04.02.2013

Schneider, Locherer CDU

#### Antwort

Mit Schreiben vom 27. Februar 2013 Nr. 3-112/45/450 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Biberach jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Biberach	Birkenhardter Str. 59–61	L	Bereitschaftspolizei	Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (Institut für Ausbildung und Training)
Biberach	Erlenweg 2	L	Polizeidirektion, Polizeirevier	Polizeipräsidium Ulm, Polizeirevier, teilweise Nachbelegung mit anderer Landesnutzung
Laupheim	Biberacher Straße 22	L	Polizeirevier	Polizeirevier, Verkehrskommissariat
Riedlingen	Zwiefalter Straße 16	L	Polizeirevier	wie bisher
Ochsenhausen	Biberacher Straße 5	A	Polizeiposten	wie bisher
Bad Schussenried	Georg-Kaeß-Straße 16	L	Polizeiposten	wie bisher
Bad Buchau	Schussenrieder Str. 2	A	Polizeiposten	wie bisher

\*L: Landeseigen  
A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Biberach jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Biberach – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	318	281	37
Schutzpolizei	240	225	15
Kriminalpolizei	39	37	2
Nichtvollzug	39	19	20

Die Personalstärke der Bereitschaftspolizeidirektion Biberach – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	1.034	973	61
Schutzpolizei	932*	916*	16
Kriminalpolizei	9	6	3
Nichtvollzug	93	51	42

\* davon 298 Polizeikommissaranwärter und 332 Polizeimeisteranwärter

5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Biberach damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

*6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?*

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Ulm geht derzeit bei rund 50 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Biberach von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Einsatz geht derzeit bei rund 240 Beschäftigten der ehemaligen Bereitschaftspolizeidirektion Biberach von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine nennenswerte, jedoch noch nicht näher zu beziffernde Anzahl dieser 240 Beschäftigten im Rahmen des allgemeinen, reformunabhängigen Verfahrens versetzt werden wird und somit faktisch nicht als Betroffene einzustufen ist.

*7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten, etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Biberach wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im

Landkreis Biberach voraussichtlich rund 290 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden (rund 50 der Polizeidirektion Biberach und rund 240 der Bereitschaftspolizeidirektion Biberach). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine nennenswerte, jedoch noch nicht näher zu beziffernde Anzahl dieser 240 Beschäftigten im Rahmen des allgemeinen, reformunabhängigen Verfahrens versetzt werden wird und somit faktisch nicht als Betroffene einzustufen ist. Für das künftige Polizeipräsidium Einsatz wurden landesweit rund 1.200 Beschäftigte in die Kostenkalkulation eingerechnet. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

*8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Biberach wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 8.:

Nach den bisherigen Überlegungen, die im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig zu überarbeiten sind, wurde bezogen auf den Landkreis Biberach für bauliche Investitionen rund 8 Mio. Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

*9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Biberach wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Biberach rund 60 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Für das künftige Polizeipräsidium Einsatz wurden landesweit auf Basis der Erhebung im November 2012 gesamt 755 (IuK-)Arbeitsplätze in die Kostenkalkulation eingerechnet. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

*10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Biberach wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?*

Zu 10.:

Bezogen auf den Landkreis Biberach belaufen sich die Minderbedarfe voraussichtlich auf rund 300.000 Euro pro Jahr aus Abmietungen. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister